

30/1992

Unsere Demokratie muß sich gegen ihre Feinde zur Wehr setzen

Auf seiner Sitzung am 5. Oktober im Konrad-Adenauer-Haus hat der Bundesvorstand folgende Erklärung verabschiedet:

Die CDU Deutschlands wendet sich mit allem Nachdruck gegen ausländerfeindliche Ausschreitungen und Übergriffe. Sie verletzen die unveräußerliche Würde des Menschen. Straßenterror und brutale Gewalt sind Angriffe auf unsere Rechts- und Werteordnung. Sie bedrohen den inneren Frieden unseres Landes.

Wir treten dafür ein, daß das Treiben extremistischer Gewalttäter eine eindeutige und entschiedene Antwort erhält. Unsere Demokratie muß sich gegen ihre Feinde mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zur Wehr setzen. Wir Deutschen wissen aus unserer Geschichte, daß Extremismus, Haß und Gewalt immer ins Unglück geführt haben.

Für jeden in unserem Land muß klar sein: wer gewalttätig gegen Menschen vorgeht, wer Häuser in Brand setzt und Fremdenhaß schürt, ist ein Krimineller und muß als solcher behandelt werden. Für solche Täter gibt es kein Verständnis, keine Sympathie und keine Unterstützung. Sie sind vielmehr unnachsichtig zu verfolgen und mit der vollen Härte des Gesetzes zu bestrafen. Aufgabe unserer wehrhaften Demokratie ist es, den freiheitlichen Rechtsstaat zu schützen und die Freiheit der Bürger gegen die Feinde des Rechtsstaates zu verteidigen.

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Gesundheitsreform**
Tiefgreifendstes Reformwerk in der Geschichte der Krankenversicherung. Seite 8
- **Innere Sicherheit**
Der wachsenden Gewaltherrschaft energisch begegnen. Entschließung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seite 10
- **Neue Bundesländer**
Matthias Wissmann: Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Seite 14
- **Arbeitsmarkt**
Generalsekretär Peter Hintze: Wir sind noch nicht über den Berg. Seite 28
- **Außenpolitik**
Neue Chancen der Partnerschaft mit der Türkei. Seite 34
- **Ideenbörse**
Herbstfest in Dresden-Prohlis: 20000 kamen. Seite 36
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Das Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

Zehn Jahre Bundeskanzler

Helmut Kohl:

10 gute Jahre für Deutschland. Seite 4-7

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Polizei versieht ihre schwierige Aufgabe mit großem Einsatz und vorbildlicher Pflichterfüllung. Sie verdient Anerkennung und Dank und die Unterstützung aller Bürger.

Die CDU tritt dafür ein, im Kampf gegen extremistische Gewalttäter alle Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen:

1. Polizei und Justiz müssen konsequent und rasch handeln können. Die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente müssen überprüft und wo nötig verbessert werden. Entscheidend ist, daß Polizei und Justiz alle Möglichkeiten ausnutzen, durch Verfolgung und Strafmaßnahmen eine durchgreifende, abschreckende Wirkung zu erzielen:

- Gegen extremistische Mehrfachtäter muß frühzeitig und wirksam vorgegangen werden. Zur Verbesserung des Informationsaustausches schlagen wir die Einrichtung eines Sondermeldedienstes „Fremdenfeindliche Straftaten“ vor zur gegenseitigen Information der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Auch reisende Mehrfachtäter (Banden etc.) müssen besser als bisher erfaßt werden können. Deshalb ist ein entsprechendes Informationssystem aufzubauen.

- Wir bitten den Bundesinnenminister zu prüfen, ob gegen extremistische Organisationen stärker mit dem Instrument des Vereinsverbotes vorgegangen werden kann.

- Wir treten für eine Verschärfung des Straftatbestandes des Landfriedensbruchs ein. Wer sich trotz ausdrücklicher Aufforderung der Polizei nicht aus einer Menschenmenge entfernt, aus der Gewalttaten begangen werden, muß wegen Landfriedensbruch bestraft werden können.

- Wir befürworten eine Änderung des Haftrechts: Wer dringend des Landfriedensbruchs verdächtig ist, muß bei Wiederholungsgefahr in Untersuchungshaft genommen und gehalten werden können.

● Der Verfassungsschutz muß sein Augenmerk verstärkt auf rechtsextremistische und gewalttätige ausländerfeindliche Entwicklungen richten. Alle Möglichkeiten der Vorfeldaufklärung müssen genutzt werden, um gewalttätige Bestrebungen rechtzeitig erkennen zu können. Hierzu sind voll funktionsfähige Verfassungsschutzbehörden — auch in den neuen Bundesländern — unverzichtbar.

2. Die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Extremismus kann nicht allein von Polizei und Justiz geführt werden. Wir brauchen in Deutschland verstärkte Anstrengungen mit dem Ziel, rechtsextreme Gewaltpotentiale, insbesondere unter jungen Menschen, gar nicht erst entstehen zu lassen. Dabei kommt der Vermittlung klarer Werte und Normen durch die Erziehung in den Familien sowie durch die pädagogische Arbeit in der Schule, in Vereinen und in Jugendverbänden oder der offenen Jugendarbeit besonderes Gewicht zu.

- Das AFT-Programm*) zum Aufbau freier demokratischer Jugendverbände in den neuen Ländern und das Anti-Gewalt-Programm des Bundesministeriums für Frauen und Jugend sind erste wichtige Schritte; sie müssen auch in Zukunft bedarfsgerecht mit Finanzmitteln ausgestattet werden.

- Die Bundesländer mögen prüfen, ob ihre Mittel für die politische Bildung aufgestockt und gezielt für Bildungsangebote gegen Fremdenfeindlichkeit eingesetzt werden können.

- Wir brauchen in Deutschland mehr offene Jugendarbeit. Hier müssen die Kommunen, Länder und Verbände neue Phantasie entwickeln. Es geht um

*) Aufbauprogramm für freie Träger.

Das neue CDU extra

u. a. mit einer Bilanz von 10 Jahren Bundeskanzler Helmut Kohl ist Anfang Oktober an die CDU-Kreisverbände ausgeliefert worden.

Zusätzliche Bestellungen sind beim IS-Verbandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold, möglich.

Bestell-Nr.: 2543

Verpackungseinheit: 250 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 22,50 DM.

Siehe auch die letzte Seite dieser Ausgabe mit den Abbildungen der Regionalausgaben für die neuen Bundesländer.

CDU EXTRA

Nachrichten & Hintergründe

Jetzt reicht's! Mit harten Bandagen gegen das Verbrechen vorgehen

Es ist überhand: Kein Tag ohne Straftat. Verbrechen in Deutschland. Die große oder kleine in Siegen, werden sich nicht gen. Weil sie zu Recht der Ansicht sind, daß mehr für ihren Schutz zu tun ist.

Die CDU fordert deshalb mehr Einsatz für die Sicherheit in Deutschland. Der Verbrechen ist

von Kriminalität und Gewalt nicht zurückweichen. Bundesminister Seifert (CDU) und die CDU-Bundeskonferenz

Konkrete Maßnahmen
müssen abgefragt auf weitere konkrete Maßnahmen im Kampf gegen Verbrechen. Echte Gesetzgebung

und bereits in die Tat umgesetzt. CDU geht es darum, vor allem für Kinder und Studenten bei der Verhütung besser zu sein. Länder, deren Hauptberuf der Strafverfolgung bringt. Deutschland ist ein Land, zum Schutz des Verbrechens zu werden.

Siehe auch Seite 6

10 Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl 10 gute Jahre: Darauf kann Deutschland weiter aufbauen

Peter Boenisch über 10 Jahre Kanzler Kohl

Auch wir hatten gegenüber der CDU, aber Sie ist, wird gegen 10 gute Jahre mit der CDU-partei im Bundesregierung und Bundeskanzler Helmut Kohl an der Spitze.

Die deutsche Verengungsprophet hat in dem vergangenen zehn Jahren häufig überschrieben, welche Politik Helmut Kohl und die CDU seit 1982 erreicht haben.

Erst dieses tolle Fundament gibt es die Möglichkeit, die deutsche CDU, Schritt für Schritt zu Jahren kann. Deutschland weiter bauen. (siehe Seite 3)

Seite 2
Opel/Eisenach: Die Zukunft hat schon begonnen

Seite 4
Peter Hintz: Deutsches Asylrecht muß europafähig werden



RECHTSEXTREMISMUS UND GEWALT GEGEN AUSLÄNDER — EINE SCHANDTAT FÜR UNSER LAND

Allein die ersten beiden Monate dieses Jahres sind schon über 600 Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund gemeldet worden. Die Zahl ist alarmierend hoch. Ausländer und Ausländerinnen — und diese Sachverhalte sind nicht täglich wieder im Fernsehen zu sehen — sind in unser Land und in unsere Städte, in die Welt zu werden. Das gilt auch und vor allem für die Bundesrepublik auf die

politische Parteien des rechtsgerichteten Sachverhaltens. Spätestens wenn Terrorschritte sind, werden sie von Angst auf einen halb gelähmten werden muß. Die CDU ist die beste Wahlstrategie für die CDU.

Die CDU mußte zunächst nachdenken, ihre Bewegungen beizubehalten und zwischen den Ländern und über die Länder hinweg zu handeln. Auch solche Maßnahmen

und ist schließlich zu verhängen. Die CDU ist die beste Wahlstrategie für die CDU. Die CDU mußte zunächst nachdenken, ihre Bewegungen beizubehalten und zwischen den Ländern und über die Länder hinweg zu handeln. Auch solche Maßnahmen

und ist schließlich zu verhängen. Die CDU ist die beste Wahlstrategie für die CDU. Die CDU mußte zunächst nachdenken, ihre Bewegungen beizubehalten und zwischen den Ländern und über die Länder hinweg zu handeln. Auch solche Maßnahmen

- ▶ die Einstellung von mehr „Streetworkern“, die eine aufsuchende Jugendarbeit betreiben;
- ▶ gezieltere Gruppenarbeit, wie z. B. mit gewaltbereiten Fußballfans;
- ▶ neue Konzepte eines betreuten Jugendwohnens.
- Es muß alles daran gesetzt werden, daß extremistisches Gedankengut keine Verbreitung findet. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften muß verbesserte Möglichkeiten zur Zusammenarbeit

- mit den Sicherheitsbehörden erhalten, zum noch zielgenauer gegen gewaltverherrlichende und menschenverachtende Schriften, Filme und andere Produkte vorgehen zu können, zumal wenn diese zum Haß gegen Fremde aufstacheln.
- Gleichzeitig bedarf es einer stärkeren Aufklärung über extremistisches Gedankengut nicht nur in den alten, sondern auch in den neuen Bundesländern. Fremdenfeindlichkeit und ihre Ursachen sollten eigens in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden.



Alle Augen sind voller Interesse auf das Geschenk gerichtet, das vor fast 500 Jahren entstand, aber wie eigens für den Bundeskanzler gemacht scheint: ein Blatt aus einem europäischen Kartenwerk mit der Pfalz.

Die Bilanz der ersten 10 Jahre Regierung Kohl zeigt, daß wir, die Union, die Koalition der Mitte, in der Lage sind, große Aufgaben zu meistern. Die CDU/CSU-Fraktion wird Bundeskanzler und Regierung bei der Bewältigung dieser Aufgaben auch in Zukunft nach besten Kräften tragen. Wir werden der FDP fairer, verlässlicher Partner bleiben. Wir sind stolz und dankbar für das, was in 10 Jahren Regierungszeit von Helmut Kohl geschaffen wurde, und daß wir daran mitwirken durften. Auf uns bleibt auch in Zukunft Verlaß.

Wolfgang Schäuble

Die Christlich-Soziale Union will den Erfolg dieser Bundesregierung und dieses Bundeskanzlers in der Politik der nächsten zwei Jahre ebenso wie im Wahljahr 1994. Wir wollen diesen Erfolg mit Helmut Kohl. Seit 10 Jahren ist er Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Dies waren 10 gute Jahre für unser Land. Mein Vorgänger Franz Josef Strauß gebrauchte gerne ein bewegendes Wort: Dankbar rückwärts, mutig vorwärts, gläubig aufwärts! Ich glaube, daß es hervorragend auf diesen Tag, auf diese Stunde, auf diesen Anlaß paßt.

Theo Waigel

Generalsekretär Peter Hintze:

Herr Bundeskanzler: Herzlichen Dank für zehn gute Jahre!

Im März 1973 — vor fast zwanzig Jahren — benannte das amerikanische Nachrichten-Magazin TIME fünf Politiker, denen eine positive Veränderung der Welt zugetraut wurde. Unter der Überschrift „Leaders who can turn the century“ — Politiker, die das Jahrhundert verändern können — wurde auch ein deutscher Politiker vorgestellt: Helmut Kohl.

Politiker, die das Jahrhundert verändern können: Wenn wir heute auf die bisherige Regierungszeit von Helmut Kohl zurückblicken, dann ist für jedermann erkennbar, daß in dieser Zeit vieles zum Positiven verändert wurde. Das volle Ausmaß dieser Veränderungen läßt sich jedoch nur dann richtig ermessen, wenn man sich an die politische Situation des Jahres 1982 erinnert: an den scharfen Ost-West-Gegensatz; das Wettrüsten mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen; die außerordentlich kritische Situation der Wirtschaft in der Bundesrepublik; die lähmende Stagnation des europäischen Einigungsprozesses. Und vergessen wir nicht: Die Deutschen in der damaligen DDR schienen auf unabsehbare Zeit der Diktatur der SED ausgesetzt.

Die dann folgende Dekade wurde zu einem der erfolgreichsten Jahrzehnte für Deutschland. Ohne die Leistungen anderer zu übersehen, dürfen wir heute feststellen: Dieser Erfolg ist ganz wesentlich das Ergebnis der politischen Weichenstellungen unseres Bundeskanzlers.

Der Politiker Helmut Kohl ist nicht vom

Menschen Helmut Kohl zu trennen. Sein Stehvermögen, auch gegen öffentliche Anfeindungen; seine Bereitschaft, das für richtig Erkannte auch dann zu tun, wenn es unpopulär ist; seine Unabhängigkeit von den Irrungen und Wirrungen des Zeitgeistes: all das sind persönliche Eigenschaften, die seinen Erfolg begründen.

Dazu gehört auch, daß Helmut Kohl bei aller Robustheit immer ein Mensch geblieben ist, der sensibel auf andere reagieren, der herzlich lachen, der aber auch sehr nachdenklich sein kann. Bei ihm

Aus der Rede von Generalsekretär Peter Hintze anlässlich der Festveranstaltung „10 Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl“ am 1. Oktober 1992 in Bonn

kann Vertrauen wachsen, weil er zu Menschen und zu Entscheidungen steht.

Helmut Kohl ist ein Mann der Union. In der CDU ist er verwurzelt, hier schlägt sein politisches Herz. Anfang der 70er Jahre, als er den Parteivorsitz übernahm, hat er die Union für neue Ideen geöffnet und zu einer modernen, mitgliederstarken Volkspartei gemacht. Heute, in den 90er Jahren, steht Helmut Kohl für die Erneuerung unserer politischen Arbeit, für die Beteiligung aller Generationen an der Politik und für die Fortschreibung unseres Grundsatzprogramms auf der

... selbst in schwierigen Zeiten gelassen

Meine Erinnerungen und erst recht meine persönlichen Erfahrungen mit Helmut Kohl reichen natürlich nicht so weit zurück, wie die meiner Vorredner. Vor allem hatte ich nicht die Chance, den Bundeskanzler zehn Jahre aus der Nähe zu erleben.

In der Zeit kurz nach der Wende, hatte ich natürlich schon einige Berichte über Helmut Kohl gehört. Wer aus Bonn zurück kam, erzählte von seinen Eindrücken. Aber was erzählt wurde, war nicht eindeutig. Die einen beschrieben Helmut Kohl als Kanzler, der mit sachlicher Strenge alle Fäden in der Hand hält. Andere wußten vor allem von einer großen Lebensfreude zu berichten. Auf jeden Fall: Helmut Kohl war eine Persönlichkeit, auf die ich neugierig war.

Ich habe in Helmut Kohl dann einen Menschen kennengelernt, der mit dem Bild, das manche Medien von ihm zeichnen, rein gar nichts zu tun hat. Wer mit ihm spricht, spürt sehr schnell, daß der Kanzler nicht nur über große historische Kenntnisse verfügt, sondern auch ein geschichtliches Grundgefühl besitzt, das ihm bei allen seinen Entscheidungen stets präsent

ist. Für ihn sind die Fragen der Geschichte, des Staates und der Nation und ihrer Zuordnung in das europäische Ganze auch die Fragen der Zukunft.

Besonders beeindruckt mich, wie sehr der Kanzler selbst in schwierigen Zeiten gelassen bleibt und die Ruhe behält. Mit klarem Gespür für das Wichtige geht er seinen Weg — und es ist ein guter Weg für unser Land. Aber nach zwei Jahren weiß ich auch, daß seine Entscheidungen auf intensiven Diskussionen beruhen.

Aus der Rede der stellvertretenden Parteivorsitzenden Angela Merkel

Aber dies nicht nur mit denen, die ohnehin taugaus tagein mit Politik zu tun haben. Es ist für mich immer wieder überraschend zu sehen, wen der Bundeskanzler überall in Deutschland kennt — aus allen Schichten der Bevölkerung. Gerade dies ist es wohl, was die lebendige Grundlage seiner Politik ausmacht. Er kennt die Menschen, und er hat eine unstillbare Neugier auf sie. Und deshalb hört er auch gerne zu und geht auf andere ein.

Grundlage unserer gemeinsamen Wertentscheidungen.

Zehn Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl: Aus den Leistungen der zurückliegenden Jahre erwächst das Vertrauen, mit dem wir die Aufgaben der vor uns liegenden Jahre angehen. Aus der Retrospektive gewinnen wir Perspektive.

Lieber Helmut Kohl, am heutigen Tag überbringe ich Ihnen die Glückwünsche aller Mitglieder der CDU Deutschlands.

Als Zeichen des Dankes und der Verbundenheit überreiche ich Ihnen ein Geschenk, das vor fast 500 Jahren entstand, aber wie eigens für Sie gemacht scheint. Es ist ein Blatt aus einem europäischen Kartenwerk, das um 1522 in Straßburg gedruckt wurde und eine alte Kernlandschaft Europas zeigt: Ihre pfälzische Heimat.

Herr Bundeskanzler: Herzlichen Dank für zehn gute Jahre!

Zehn gute Jahre für Deutschland

Wer war für Bonn denn schon dieser Helmut Kohl, der am 1. Oktober 1982 Bundeskanzler wurde? Gestern, beim Festakt zum zehnjährigen Amtsjubiläum des Bundeskanzlers Kohl, vor 3000 Gästen im größten Saal des besten Hotels der Bundesstadt, wird dem „Oggersheimer aus der pfälzischen Provinz“ in seiner Eigenschaft als Politiker, in seinem Habitus als bodenständiger Mensch mal ernsthaft, mal launig Antwort zuteil. CDU-Generalsekretär Peter Hintze präsentiert ein fein gesticheltes Kartenblatt aus einem Atlas von 1522: Da erkennt man die alte Reichsstadt Oggersheim als Mittelpunkt zwischen den geschichtsträchtigen Kaiserdomen von Worms und Speyer. Der „Oggersheimer“ ist gerührt und dankt, nicht ohne Stolz: Im Pfälzischen ist deutsche, europäische, gar Weltgeschichte geschrieben worden, und auf dem nahe Oggersheim gelegenen Schloß Hambach nahm republikanisches Denken seinen Anfang. „Und das ist meine Heimat!“

Rheinische Post

„Staatsmännische Weitsicht“

Zwei Männer begegnen sich an diesem Tag mit großer Herzlichkeit: Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher. Beide haben 1982 die „Koalition der Mitte“ geschmiedet. In den letzten zehn Jahren — und das verschwiegen Kohl und Genscher nicht — hat es zwischen ihnen manche Kräche gegeben, die, wie der FDP-Ehrenvorsitzende sagt, auch geschmerzt hätten. Die Freundschaft habe dies aber ausgehalten.

Genscher bekennt, daß er nachweislich zu den beiden Menschen gehöre, die durchaus im Gegensatz zu den Vorstellungen mancher in CDU und CSU den

Weg von Helmut Kohl ins Kanzleramt frühzeitig vorausgesehen hätten. Er sei allerdings der zweite der beiden gewesen, „der erste war Helmut Kohl selbst“. Ein wichtiger Grund für das Zustandekommen des Bündnisses sei für ihn gewesen, „daß dem Christdemokraten aus der Pfalz die Deutsche Einheit nicht weniger bedeutete als dem Liberalen aus Halle“.

Als besondere Stärke des CDU-Vorsitzenden lobte der FDP-Ehrenvorsitzende aber auch, daß Kohl die Bedeutung der FDP meist richtig eingeschätzt habe — und dies nicht zu seinem Nachteil. Kohl würde dies als „staatsmännische Weitsicht“ bezeichnen, bei anderen sehe er solche Fähigkeit allerdings nur als „Kunst des Strippenziehens“, meinte Genscher, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß Kohl ihn einmal einen „Strippenzieher“ genannt hatte.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

„... steht und steht und steht“

Einen bajuwarisch-humoristischen Akzent brachte Finanzminister Theo Waigel in das Festprogramm. „Sie brauchen keine Angst zu haben, es wird milder als bei Franz Josef Strauß“, versprach er dem lachenden Kanzler gleich am Anfang. Und berichtete, wie Kohl einmal dem verstorbenen Männerfreund verbotenerweise mit einem Benzinkanister über eine Autobahnbarriere geholfen hat, weil ihr Auto ohne Brennstoff stehengeblieben war. Noch heute gelte, was der „unsterbliche Hermann Höcherl“ 1976 zu Angriffen auf Kohl gesagt habe: „Die schlagen auf ihn ein und ein und ein — und der Kerl steht und steht und steht. Und das wird noch lange so bleiben.“

Die Welt

Tiefgreifendstes Reformwerk in der Geschichte der Krankenversicherung

Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer hat den von den Gesundheitsexperten der Koalition und der SPD gefundenen Kompromiß über Eckwerte für die Gesundheits-Strukturreform als „tiefgreifendstes Reformwerk in der Geschichte der gesetzlichen Krankenversicherung“ bezeichnet.

Die von den Gesundheitsexperten vereinbarten Eckwerte stellen sicher, daß der dramatische Ausgabenanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung gebremst und die Kosten nicht länger den Einnahmen davonlaufen.

Gleichzeitig werden Strukturverbesserungen in der gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt, die über die notwendige Sofortbremsung hinaus die gesetzliche Krankenversicherung dauerhaft stabilisieren. „Damit werden seit Jahrzehnten diskutierte Problemfelder, wie die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung und die Organisationsreform der Krankenkassen in Übereinstimmung aller Parteien wirksam und gerecht gelöst“, betont Seehofer.

Es bleibt bei dem im Regierungsentwurf vereinbarten Einsparvolumen von rund 11,4 Milliarden DM. Alle Beteiligten sind dabei einbezogen. Die Lasten für die Versicherten verringern sich. Erstmals hat die SPD Selbststeuerungselemente auch im Bereich der Zuzahlung für die Versicherten bei den Arzneimitteln anerkannt. Der jetzt vorzulegende gemeinsame Gesetzentwurf von SPD und Koalition zeigt, daß es möglich ist, in Gesprächen mit allen Beteiligten zu einer tragfähigen Lösung zu kommen.

Bei den kurzfristigen Maßnahmen geht es im einzelnen um folgendes:

- Es bleibt beim Arzneimittelbudget mit den vereinbarten Einsparungen und einem mit den Ärzten abgestimmten Ausgleich bei eventuellem Überschreiten.
 - Im Krankenhaus bleibt die Zuzahlung für Patienten auf 14 Tage begrenzt: für 1993 11 DM West, 8 DM Ost; für 1994 12 DM West, 9 DM Ost, jeweils pro Tag.
 - Bei der zahnmedizinischen Behandlung wird die Prophylaxe weiter aufgewertet. Die Honorare für Zahnersatz für 1993 werden auf der Basis von 1992 um 10 Prozent abgesenkt. Für alle zahnmedizinischen Bereiche werden degressive Punktwerte vereinbar. Die Preise für Zahntechnik werden auf der Basis 1992 um 5 Prozent gesenkt. Die Aufteilung in Regel- und Wahlleistung beim Zahnersatz entfällt, statt dessen wird zahnheilkundlich umstrittener Zahnersatz nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen.
 - Bei der Arzneimittelzuzahlung wird eine Mengensteuerung eingeführt durch die Staffelung von 3 DM, 5 DM und 7 DM je nach Packungsgröße ab 1994. Für 1993 gilt die Staffelung nach Preisen. Gleichzeitig wird die Festbetragsbildung weiter erleichtert.
- Die Strukturverbesserungen wurden weiter ausgebaut. Im einzelnen betrifft dies:
- Im Krankenhaus bleibt es bei der Abkehr vom Selbstkostendeckungsprinzip und der Einführung von Sonderentgelten und Fallpauschalen. Die Möglichkeit des ambulanten Operierens wird im Krankenhaus und in der Arztpraxis ausgebaut. Ambulante und stationäre Behandlung werden besser verzahlt. Unter anderem erhalten Krankenhäuser die Möglichkeit, zur stationären Behand-

Kommentare

Der Erfolg von Lahnstein

Das Ergebnis der Konsensgespräche von Lahnstein hat den Rang einer sozialpolitischen Sensation: Mit ihrer Vereinbarung über gemeinsame Eckwerte haben Koalition und SPD einer Strukturreform im Gesundheitswesen den Weg geebnet, die diesen Namen auch wirklich verdient und für deren Umsetzung es nun keine parlamentarischen Hürden mehr gibt.

Süddeutsche Zeitung

Gesunder Kompromiß

Erleichterung war allen Beteiligten anzumerken, die nach tagelanger Klausur in Lahnstein das gemeinsam getragene Konzept zur Gesundheitsreform vorstellten ... diese parteiübergreifende Suche nach einem Konsens für die Reform des Gesundheitswesens hat zu einem Kompromiß geführt, der beiden Seiten erlaubt, von einem annehmbaren Ergebnis zu sprechen.

Stuttgarter Zeitung

Einstieg gefunden

Die Optimisten sollten recht behalten. Die viertägige Klausursitzung der

lung eingewiesene Patienten vorher und nachher ambulant zu behandeln.

● In Zukunft sollen alle Arbeiter, wie jetzt schon Angestellte, ihre Krankenkasse frei wählen können. Damit die Kassen im fairen Wettbewerb bestehen können, gibt es einen bundesweiten kassenartenübergreifenden Risikostrukturausgleich. Dieser Risikostrukturausgleich umfaßt die Grundlöhne, die Familienmitversicherten, Alter und Geschlecht. Die Einhaltung des vorgesehenen Sparvolumens ermöglicht auch die beabsich-

Sozialpolitiker von Koalition und SPD-Opposition hat gezeigt, daß die Bundespolitik in wichtigen Fragen doch noch kompromißfähig ist. Alle Parteien mußten Abstriche machen. So akzeptierten zum Beispiel die Sozialdemokraten eine stärkere Selbstbeteiligung der Patienten an den Arzneimittelkosten. Die Union und die Freien Demokraten mußten sich von der Idee verabschieden, daß Patienten während des gesamten Krankenhausaufenthaltes einen „Essenskostenzuschuß“ zahlen müssen. Aber das Nachgeben hat sich gelohnt.

General-Anzeiger, Bonn

Therapie mit Erfolgschancen

Die Gesundheitspolitiker von Union, FDP und SPD haben gute Arbeit geleistet. Ihr Rezept zur Genesung des an finanzieller Schwindsucht leidenden Gesundheitssystems weckt Hoffnungen. Endlich wird zu Mitteln gegriffen, die fragwürdige Bündnisse von Interessengruppen und Parteien bisher in den Giftschrank verbannt hatten. Die geplante Therapie vertraut auf mehr Anreize und Wettbewerb, so dies möglich ist. Sie setzt auf Zwang, wo es an Einsicht mangelt.

Frankfurter Rundschau

tigten Leistungsausweitungen. Es bleibt bei:

- ▶ mehr Stellen für Pflegepersonal, auch in der Psychiatrie,
- ▶ neue Stellen für Hebammen und Geburtshelfer,
- ▶ Mittel für die Instandhaltung der Krankenhäuser in den neuen Ländern.

Besonderen Bedingungen in den neuen Ländern wird Rechnung getragen, z. B. bei der Vereinbarung der Budgets. ■

Der wachsenden Gewaltbereitschaft energisch begegnen

Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages beobachtet mit großer Sorge die zunehmende Bedrohung der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland. Sie betont vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit, den immer brutaleren Gewalttaten sowie der wachsenden Gewaltbereitschaft energisch zu begegnen.

Dies gilt gleichermaßen für die Allgemeinkriminalität, für Ausländerkriminalität, die organisierte Kriminalität, die Rauschgiftkriminalität und die politisch motivierte Kriminalität. Gewaltausbrüche gegenüber Ausländern und Einrichtungen für Asylbewerber, wie wir sie aus Rostock und vielen anderen Städten kennen, sind schon im Ansatz zu verhindern.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert daher neben organisatorischen, technischen und personellen Verbesserungen bei der Polizei, die in den Kompetenzbereich der Länder fallen, daß den Sicherheitsbehörden die rechtlichen Möglichkeiten gegeben werden, Kriminalität effektiver zu bekämpfen.

Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sieht Handlungsbedarf aus folgenden Gebieten:

● Elektronische Wohnraumüberwachung:

Geboten ist eine praxisgerechte und verfassungsrechtlich einwandfreie Regelung des Einsatzes technischer Mittel über den im Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (OrgKG) erzielten Kompromiß hinaus, so daß auch die elek-

tronische Wohnraumüberwachung möglich wird. Es dürfen keine Rückzugsräume für die Planung schwerer Verbrechen bestehen bleiben.

● Verdeckter Ermittler:

Die Regelungen im OrgKG zum Verdeckten Ermittler sind polizeigerechter auszugestalten. Sie müssen die Möglichkeit sanktionsfreier Regelverletzungen umfassen. Der Verdeckte Ermittler muß bei sei-

Entschließung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages zur inneren Sicherheit

ner mit erheblichen persönlichen Gefährdungen verbundenen Arbeit auf sicherer rechtlicher Grundlage arbeiten, die ihm Möglichkeiten und Grenzen seines Tuns aufzeigt.

Weiterhin ist der Einsatz Verdeckter Ermittler nicht-deutscher Herkunft geboten, um eine wirkungsvolle Bekämpfung ethnisch abgeschlossener Tätergruppierungen zu ermöglichen.

● Sicherungshaft:

Die Möglichkeiten zur Sicherungshaft gem. § 112 a StPO sind zu erweitern,

● damit Gewalttätern das Handwerk gelegt werden kann, die Straftaten in Serie begehen; insbesondere ist eine Erweiterung um Fälle des Landfriedensbruchs geboten, damit gewalttätige Demonstranten sich nicht nach Fest-

nahme und Personalienfeststellung gleich wieder an gewalttätigen Aktionen beteiligen können,

● damit Täter aus dem Bereich der organisierten Kriminalität ihre „Geschäfte“ nicht fortführen können.

● **Praxisgerechte Gestaltung des Tatbestandes des Landfriedensbruches:**

Es gilt, den Tatbestand des Landfriedensbruchs den polizeilichen Anforderungen entsprechend zu novellieren.

Wer sich einer gewalttätigen Zusammenrottung anschließt und auf Aufforderung nicht entfernt, trägt die Verantwortung für all das mit, was aus der Gruppe geschieht, auch wenn er nicht selbst aktiv wird.

● **Verschärfung des Strafmaßes bei Gewaltstraftaten:**

Vor dem Hintergrund zunehmender Brutalisierung vieler Einzeltäter und Banden muß der Staat nicht nur den Tätern, sondern auch denen, die diese Taten gutheißen, und der rechtstreuen Bevölkerung deutlicher als bisher klarmachen, daß Gewalt unter allen Gesichtspunkten unannehmbar ist und durch harte Strafen der weiteren Brutalisierung ein Riegel vorgeschoben werden muß.

● **Beschleunigung der Strafverfahren:**

Strafverfahren, insbesondere solche mit einfacher Beweislage, sind wesentlich rascher als bisher zum Abschluß zu führen. Hierfür sind alle vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen und ggf. neue Wege zu suchen.

● **Änderungen des Beweis- antragsrechts:**

Soweit sich in den letzten Jahren insbesondere bei der Durchführung von Großverfahren Auswüchse gezeigt haben, muß dem durch die im Justizentlastungsgesetz

vorgesehenen Änderungen des Beweis- antragsrechts entgegengesteuert werden.

● **Ergänzung des Versammlungs- gesetzes um ein befristetes und räumlich begrenztes Demonstra- tionsverbot:**

Es ist zu prüfen, ob ein befristetes und räumlich begrenztes Demonstrationsverbot geschaffen werden kann. Dieses soll dazu bestimmt sein, gewalttätigen Angriffen auf Leib und Leben von Personen in Angriffsobjekten vorzubeugen, indem Ausschreitungen in der Nähe bestimmter Personen und Objekte verhindert werden. Vor dem Hintergrund der grundrechtlich geschützten Versammlungsfreiheit bedarf das Verbot besonderer Prüfung. Diese muß sich vorrangig auch mit der Frage befassen, ob es eine polizeitaktisch sinn- volle Maßnahme darstellt.

● **Intensivere Aufklärung der Planung von Maßnahmen der Volksverhetzung und der Aufstachelung zum Rassenhaß**

Es ist zu prüfen, Maßnahmen nach dem G 10 auf Fälle des Verdachts der Planung von Maßnahmen der Volksverhetzung und der Aufstachelung zum Rassenhaß zu erstrecken.

● **Übertragung der Aufgabe der Vorfeld-Beobachtung von organisierter Kriminalität auf den Verfassungsschutz:**

Zur Aufklärung von Bestrebungen des organisierten Verbrechens gilt es, die Erkennungsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden umfassend zu nutzen. Hierzu aber ist der Verfassungsschutz — auch ohne daß er mit exekutiven Befugnissen ausgestattet zu sein braucht — eine kompetente Behörde. Es ist daher zu prüfen, inwieweit er mit der Aufgabe der Vorfeld-Beobachtung von organisierter Kriminalität betraut werden sollte.

● Verabschiedung des Gewinnaufspürungsgesetzes:

Die Nutzung unseres Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche ist zu verhindern. Die Schwellenbeträge für eine Identifizierungspflicht sind unter Berücksichtigung primär kriminalpolitischer Anforderungen festzuschreiben. Eine Privilegierung von Rechtsanwälten im Hinblick auf die Identifizierungspflicht und das strafprozessual vorgesehene Beschlagnahmeverbot von Unterlagen bei Finanztransaktionen darf nur insoweit zulässig sein, wie sichergestellt ist, daß auf Grund dessen das Ziel des Gesetzes nicht unterlaufen werden kann.

● Kronzeugenregelung:

Die Ende des Jahres auslaufende Kronzeugenregelung ist — befristet — zu verlängern. Die mit ihr eröffnete „goldene Brücke“ soll nicht gerade in einer Zeit möglicher Deeskalationsstrategie auf seiten der Terroristen verbaut werden.

● Ausweisung und Abschiebung straffälliger Ausländer:

Es gilt sicherzustellen, daß die gesetzlichen Regelungen zur Ausweisung und Abschiebung von Ausländern, die sich strafbar gemacht haben, konsequent Anwendung finden. Wer seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu kriminellen Aktivitäten mißbraucht, soll nicht mit unserer Gastfreundschaft rechnen dürfen. Diese Personen bedrohen die innere Sicherheit, wie sie der Akzeptanz gegenüber der Mehrzahl der rechtstreuen Ausländer schaden.

● Vorrangige Prüfung der Asylverfahren von kriminellen Asylbewerbern:

Der Mißbrauch des Asylrechts als Zuwanderungsinstrument, um hier schwere oder serienmäßige Straftaten zu begehen, ist zu unterbinden. Solange auf

Grund der geltenden Verfassungsrechtslage Schwerkriminelle hier Asyl beantragen können und ein Aufenthaltsrecht bis zum Abschluß des Verfahrens haben, ist wenigstens sicherzustellen, daß diese Verfahren vorrangig zu Ende geführt werden, um sodann den Aufenthalt beenden zu können. Dazu bedarf es der Meldung krimineller Asylbewerber durch die Ausländerbehörden der Länder an das zur Durchführung des Asylverfahrens zuständige Bundesamt.

Hinzukommen müssen weitere Maßnahmen wie:

● Der beschleunigte **Aufbau des Verfassungsschutzes** in den neuen Ländern und der Aufschub des Stellenabbaus in den alten Ländern, der in den letzten Jahren aufgrund der politischen Entwicklungen eingeleitet worden war, sind notwendig, um die gebotene Vorfeldaufklärung verstärken zu können.

● Die spürbare **Verbesserung polizeilicher Präsenz** an den Brennpunkten des Geschehens ist vordringlich. Es müssen geschlossene, trainierte Verstärkungskräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, um Gewaltakte im Ansatz zu unterbinden und beweisichere Festnahmen mit guter Aussicht auf Verurteilung vorzunehmen, weil dies zugleich auch von hoher generalpräventiver Wirkung ist. Dies setzt allerdings voraus, daß die Bemühungen der Länder weiter intensiviert werden, die Einsatzstärken der Bereitschaftspolizei entsprechend den abgeschlossenen Verwaltungsabkommen zu erreichen und diese Einsatzkräfte auch verfügbar zu halten. Insgesamt ist der personellen und sachlichen Ausstattung der Polizei in den neuen Bundesländern ein besonderes Augenmerk zu schenken.

● Das **Programm für die innere Sicherheit** in der Bundesrepublik Deutschland ist **fortzuschreiben**, um den veränderten

Gegebenheiten auf dem Gebiet der inneren Sicherheit Rechnung zu tragen.

● **Finanzielle Verbesserungen für Polizeibeamte und Stellenanhebungen:**

Die genannten Maßnahmen sind im Interesse einer erhöhten Attraktivität des Polizeiberufs geboten, nicht zuletzt damit es weiterhin gelingt, die geeignetsten Berufsanfänger für den Polizeiberuf zu gewinnen.

● **Regelungen über den Unterbindungsgewahrsam.** Die Übernahme dieser polizeipräventiven Maßnahme entsprechend der Regelung im Bayerischen Polizeiaufgabengesetz in den anderen Landespolizeigesetzen erscheint geboten, um die unmittelbar bevorstehende Begehung einer Straftat verhindern zu können.

Auf europäischer Ebene ist zum Ausgleich des Wegfalls der Binnengrenzen in Europa nicht nur eine weitere Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit anzustreben; vielmehr ist das **Europäische Polizeiamt** zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und sonstiger schwerwiegenden Formen der internationalen Krimina-

lität vorrangig auf- und auszubauen, und dem Amt sind die gebotenen Kompetenzen — einschließlich exekutiver Befugnisse — zu übertragen.

Wichtige Ursachen für Straftaten und Gewalt liegen im geistigen Klima unserer modernen Industriegesellschaft. Vor allem gehören dazu ein ständiges Nachlassen des Rechtsbewußtseins, die Aushöhlung des Fundaments ethischer und sittlicher Werte sowie die Schwächung familiärer und anderer menschlicher Bindungen. Vordringlich müssen wir die Familie, die Schulen und Hochschulen in ihrer Fähigkeit stärken, zur sittlichen Orientierung und zur Rechtstreue zu erziehen. Eine besondere Verantwortung tragen Presse, Rundfunk und vor allem das Fernsehen. Die zunehmende Darstellung von Gewalt und die verächtliche Behandlung elementarer Rechtsprinzipien hat für innerlich nicht gefestigte junge Leute verheerende Auswirkungen. Neben einer Reihe praktischer Maßnahmen und gesetzlicher Verbesserungen brauchen wir eine kraftvolle geistig-politische Führung der in Staat und Gesellschaft Verantwortlichen. ■

Kompetenzvorsprung für Bremer CDU

Einem CDU-geführten Senat schreiben Bremens Bürger bei fast allen wichtigen Themen mehr Kompetenz als einer SPD-geführten Landesregierung zu. Dies ermittelte das Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung (Forschungsgruppe Wahlen) im Auftrag der CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft.

Der CDU trauen die Bremer in den Bereichen Finanzen und Wirtschaft deutlich mehr zu als der SPD. Zudem

liegen die Christdemokraten bei den Themen Asyl, Drogen und Arbeitslosigkeit vorne. Einen knappen Kompetenzvorsprung besitzt die SPD lediglich in den Bereichen Wohnungen und Verkehr. „Ein solches Ergebnis für eine Oppositionspartei ist bundesweit einmalig“, so IPOS-Vorstandsmitglied Matthias Jung bei der offiziellen Vorstellung der repräsentativen Meinungsumfrage. — Ein weiteres Resultat der IPOS-Umfrage: In Bremen liegen CDU und SPD derzeit mit 33 Prozent gleichauf.

Matthias Wissmann: Arbeitsplätze sichern und neue schaffen

Zwei Jahre nach der Wiedervereinigung können wir feststellen, daß der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern Fortschritte gemacht hat. Auf der anderen Seite kann aber von einem selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung noch nicht gesprochen werden. Die ostdeutsche Industrie hat eine rasante Talfahrt hinter sich.

Die Gründe für den Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie liegen in rückständigen Produktionstechniken, Mangel an marktfähigen Produkten und einem veralteten Kapitalstock.

Zusätzlich verschärft wird der Umstellungsprozeß durch den Zusammenbruch der Lieferbeziehungen zu den GUS-Staaten und durch Lohnerhöhungen, die bei weitem nicht der Produktivität ostdeutscher Betriebe entsprechen. Für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau kommt es jetzt entscheidend darauf an, bestehende Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern zu sichern und neue, rentable Arbeitsplätze zu schaffen.

Besondere Bedeutung kommt dabei dem öffentlichen Auftragswesen zu. Das Gesamtvolumen der öffentlichen Aufträge von Bund, Ländern und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland beträgt schätzungsweise 400 Milliarden Mark; davon werden rund 60 Prozent über die Länder und 40 Prozent vom Bund vergeben.

Besonders nachteilig wirkt sich dabei aus, daß die westdeutschen Länder bisher nicht bereit sind, entsprechende Präferenzregelungen zugunsten der neuen Bundesländer anzuwenden.

Bei der Auftragsvergabe sollten ostdeut-

sche Unternehmen zukünftig Vorrang haben. Auch auf Bundesebene sind weitere Anstrengungen erforderlich, die Auftragsvergabe an ostdeutsche Unternehmen zu erhöhen. In einzelnen Ressorts ist der Anteil der öffentlichen Aufträge, die in die neuen Bundesländer vergeben werden, gemessen am jeweiligen Gesamtvolumen der vergebenen Aufträge, nach wie vor sehr gering. Beispielsweise werden nur drei Prozent aller öffentlichen Aufträge des Bundesverteidigungsministeriums nach Ostdeutschland vergeben; im Innenministerium sind es acht Prozent, im Bundesministerium für Post und Telekommunikation zwischen acht Prozent und zehn Prozent.

Begrenzte Haushaltsmittel

Der Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur ist unabdingbare Voraussetzung für private Investitionen und einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung. Dem gewaltigen Investitionsbedarf in den neuen Ländern, insbesondere im Verkehrs- und Umweltbereich, stehen aber nur begrenzte Haushaltsmittel gegenüber.

Zusätzliche und beschleunigte Infrastrukturinvestitionen sind deshalb jetzt besonders vordringlich. Angesichts des unzureichenden Verwaltungsaufbaus und knapper Haushaltsmittel gilt es, zur schnelleren Entwicklung „Zeit einzukaufen“.

Die Einschaltung privater Unternehmen bietet im Bereich der kommunalen Infrastruktur große Chancen, die bisher weitgehend ungenutzt bleiben. Im Vordergrund stehen dabei die Bereiche Wasser/Abwasser, Planungs- und Ingenieurleistungen, Abfallbeseitigung und Personennahverkehr.

Umweltpolitiker von CDU und CSU verstärken ihre Zusammenarbeit

Gerade in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit gilt es, die Umweltpolitik mit Elan weiterzuentwickeln, denn sie zählt zu einem der wichtigsten positiven Faktoren der Zukunft für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Das erklärten anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitskreise Umweltsicherheit, Landesplanung und Energie der CSU und des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU in Würzburg die beiden Vorsitzenden Josef Göppel und Kurt-Dieter Grill. Die Umweltpolitiker von CDU und CSU vereinbarten auf dieser Sitzung, ihre Zusammenarbeit in Zukunft zu verstärken.

Deutsche Hersteller von Umwelttechnologien und umweltverträglichen Gütern hätten schon heute einen Wettbewerbsvorteil auf den internationalen Märkten erreicht, betonten Göppel und Grill. Anspruchsvolle Umweltstandards würden aber nicht nur Impulse für Innovationen in der Umwelttechnik gewährleisten, sondern seien letztlich selbst ein wichtiger Standortfaktor. „Die Debatte um den Wirtschaftsstandort Deutschland muß daher einhergehen mit der Diskussion um die ökologische Ausrichtung unserer Wirtschaft.“

Die Umweltpolitiker von CDU und CSU werden auch auf eine konsequente Umsetzung der umweltpolitischen Koalitionsvereinbarungen drängen. Dabei habe die Abfallpolitik oberste Priorität. Das von Umweltminister Töpfer vorgelegte neue Abfallgesetz müsse deshalb schnellstmöglich umgesetzt werden. Nur hierdurch könne langfristig der drohende Müllnotstand verhindert werden.

Das von Töpfer und den Landesumweltministern unlängst verabschiedete Maßnahmenpaket zur Eindämmung des Abfalltourismus allein reicht hingegen nach Auffassung der Umweltpolitiker beider Unions-Parteien nicht aus. Zusätzlich müßten die Anlagen für die Abfallentsorgung und die Reststoffverwertung weiter ausgebaut werden.

Darüber hinaus müsse die EG endlich die Baseler Vereinbarung umsetzen und die „EG-Abfall-Verbringungs-Verordnung“ verabschieden. Nur so könne in Zukunft der Abfalltransport in der EG drastisch reduziert werden.

„Die nächsten Jahre haben für den Umweltschutz eine entscheidende Bedeu-

Der Aufbau einer ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft in ganz Deutschland muß weiter vorangetrieben werden.

tung“, unterstrichen Grill und Göppel. „Der Aufbau einer ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft in ganz Deutschland muß weiter vorangetrieben werden.“ Ein wichtiges Instrument dafür sei, daß in Zukunft die Kosten der Umweltbelastung denjenigen in Rechnung gestellt werden, die sie verursachen.

Dieses Prinzip und weitere marktwirtschaftliche Instrumente, so Göppel und Grill weiter, werden dafür sorgen, die Qualität des Standortes Deutschland ökologisch und ökonomisch zu sichern. ■

Generalsekretär Peter Hintze:

Wir sind noch nicht über den Berg

Die neuesten Arbeitsmarktzahlen zeigen, daß sich der Arbeitsmarkt in einer stabilen Verfassung befindet. Nach wie vor liegt die Beschäftigung im Westen auf Rekordniveau, im Osten ist die Zahl der Arbeitslosen seit Januar um 235.000 oder 17,5 Prozent zurückgegangen.

Der von der Opposition im letzten Jahr angekündigte explosionsartige Anstieg der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist ausgeblieben. Die Katastrophenszenarien der Sozialdemokraten haben sich nicht erfüllt.

Erhebliche Anstrengungen

Dies liegt zum großen Teil an den erheblichen arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen der Bundesregierung, aber auch an der einsetzenden wirtschaftlichen Belebung in den neuen Bundesländern. Die Zahlen zeigen aber auch, daß wir noch nicht über den Berg sind. Es bedarf

deshalb einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung der Sozialpartner und der öffentlichen Hände, um in einem Solidar-pakt die Voraussetzungen für eine entscheidende Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung zu legen. Hierzu gehört ganz wesentlich eine maßvolle Lohnentwicklung in West und Ost.

Investitionsoffensive Ost

Die CDU setzt darauf, durch eine Stärkung der Wachstumskräfte die notwendige Wirtschaftsbelebung und damit auch die entsprechende positive Wirkung auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Zur Erzeugung eines selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern brauchen wir daher eine „Investitionsoffensive Ost“. So müssen jetzt etwa die noch vorhandenen Investitionshemmnisse konsequent beseitigt werden, damit die vorhandenen Finanzmittel wirksam werden können.

Erleichterungen für Schmerzpatienten

Das Bundesministerium für Gesundheit erleichtert die Behandlung von Schmerzpatienten mit Betäubungsmitteln. Dies sieht ein Verordnungsentwurf zur Änderung betäubungsmittelrechtlicher Vorschriften vor, der vom Kabinett beschlossen worden ist.

„Wir wollen für Schwerkranke, die häufig an sehr starken Schmerzen leiden, die Schmerzbehandlung erleichtern. Deshalb kann der Arzt in

Zukunft Betäubungsmittel für einen längeren Zeitraum und in größerer Menge als bisher verschreiben,“ begründete Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer die Neuregelung. Bei der Verschreibung im Normalfall wird der Versorgungszeitraum von bisher 7 auf 30 Tage verlängert. In besonders schweren Krankheitsfällen ist sichergestellt, daß Betäubungsmittel für wenigstens 10 Tage verschrieben werden können.

Positive Arbeitsmarktentwicklung – aber gedämpfte Erwartungen

Julius Louven, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu den neuesten Arbeitsmarktdaten:

Zwei Jahre nach der Wiedervereinigung müssen alle Beteiligten, unter anderem die Prognostiker der Wirtschaftsforschungsinstitute, ihre Einschätzungen korrigieren. Vor dem Hintergrund eines weltweit eingetrübten Konjunkturklimas bemühen sich zahlreiche Unternehmen, den Wettbewerbs- und Kostendruck durch Personalabbau aufzufangen.

Bei dieser Einschätzung mahnt die Deutsche Bundesbank, Vorsicht bei weiteren Kostenbelastungen walten zu lassen. Leichte Hoffnungen für die Entwicklung in den neuen Ländern geben trotzdem folgende Einschätzungen und Zahlen:

Kaum Veränderungen

Das Brandenburgische Wirtschaftsministerium zeichnet in wichtigen Industriebereichen ein positives Bild: „In den Branchen Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Eisenwaren und Feinmechanik/-optik haben sich bei der Beschäftigung im Vergleich der beiden ersten Quartale 1992 kaum noch Veränderungen ergeben. Hinsichtlich der Produktion wandelt sich der Straßenfahrzeugbau immer mehr zu einer ausgesprochenen Wachstumsindustrie und auch im Maschinenbau gewinnen positive Tendenzen das Übergewicht.“

Diese Aussage wird auch durch den weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit in West- und Ostdeutschland im September belegt. In den alten Bundesländern sank die Arbeitslosenzahl um rund 40.000 auf

1.783.600. Damit ging die Quote um 0,2 Prozent auf 5,8 Prozent zurück. In den neuen Bundesländern reduzierte sich die Quote um 0,8 Prozent auf 13,6 Prozent. Hier wurden nur noch 938.500 Arbeitslose registriert, 13.000 weniger als einen Monat zuvor.

Da die überraschende weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit nicht überbewertet werden darf, ist dem IG-Chemie-Chef Hermann Rappe zuzustimmen, wenn er eine Begrenzung des Lohnzuwachses in Westdeutschland und einer zeitlich gestreckten Angleichung ostdeutscher Einkommen an das Westniveau in die aktuelle Diskussion zur Standortsicherung Deutschland einbringt. Nach Angaben des DIW beträgt das Nettoeinkommen

Auf hohem Niveau stabilisiert hat sich die Inanspruchnahme von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen. Ende September nahmen hieran rund 352.700 Arbeitnehmer teil, 6.400 mehr als im Vorjahr. Demgegenüber sank die Zahl der in ABM Beschäftigten weiter.

men in den neuen Ländern rd. 2.000 Mark und erreicht somit Dreiviertel des Weststandards. Berücksichtigt man hierbei die niedrigeren Lebenshaltungspreise, dann liegt das dortige Nettoeinkommen real sogar bei rd. 80 Prozent des westlichen Einkommens.

Bei allem bleibt es vordringliches Ziel, einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Der Zeitraum hierfür muß verlängert und kurzfristige Erwartungen müssen zurückgeschraubt werden.

Gemeinsam eine bessere Zukunft bauen

Vierzig Jahre lang ließen sich die SED-Machthaber am Tag der Gründung ihrer Republik feiern. Als mahnende Erinnerung an diesen Tag erklärte der Vorsitzende der Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Rainer Eppelmann:

Die DDR war kein ganz normaler mittel-europäischer Staat! Sie war eine auf Lügen und Unterdrückung gegründete Diktatur. Die Lehre des 7. Oktober — und dieses Jahrhunderts überhaupt — muß für uns heißen: Nie wieder Diktatur — nie wieder DDR!

Erinnern wir uns:

Vor zwei Jahren hat die DDR nach dem Willen der überwiegenden Mehrheit ihrer Bürger aufgehört zu existieren. 45 Jahre deutscher Spaltung und ostdeutscher Diktatur waren endlich überwunden. Heute, 730 Tage später, wissen wir sehr viel genauer als am Tag der Deutschen Einheit, wieviel politische Schuld, wieviel juristisches Unrecht, wieviel ökonomisches und ökologisches Versagen die SED-Machthaber und ihre treuen Mitbestimmer in Politik, Wirtschaft, Schule, Medien und Kultur begangen haben.

Wir vielen, die nicht betrogen haben, die sich nicht bereichert und gelogen haben, fragen uns, was von unserer fleißigen Arbeit und unserem ehrlichen Bemühen übriggeblieben ist. Wir fragen bedrückt nach unserer bisherigen Arbeitsleistung und nach der Strafe für diejenigen, die mit unserem jahrelangen Bemühen so verantwortungslos umgegangen sind!

Wer die Berichte der in Waldheim oder Sachsenhausen, in Bautzen oder Buchenwald Inhaftierten kennt,

wer von den Opfern des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 weiß,

wer sich vorstellen kann, wie sich Bauern fühlen, die das Land ihrer Väter dank Parteibeschluss in die LPG weggeben mußten,

wer ahnt, welche Fragen Kinder an ihre Eltern hatten und haben, die sie zur Doppelzüngigkeit erzogen und die selber ängstlich handelten,

wer sich vorstellen kann, was Schüler von ihren Lehrern dachten, die sie zur Anpassung und zum Nachplappern drängten,

wer weiß, was dies beides für die Entwicklung Heranwachsender bedeuten mußte,

wer versteht, wie demütigend es für Erwachsene sein mußte, aus Angst gegen seine eigene Meinung zu reden und zu handeln,

wer sich vorstellen kann, wie das ist, wenn man von den Medien nur angelogen und von den Behörden nicht ernstgenommen wird,

wer nicht vergessen hat, daß 16 Millionen Ostdeutsche am 13. August 1961 zu lebenslänglicher „Sozialistischer Lagerhaft“ verurteilt wurden,

wer mitfühlen kann, wie sich die enteigneten Besitzer von kleinen und mittelständischen Familienbetrieben fühlen mußten, wer noch heute unter den Folgen von 40 Jahren politischer, juristischer, pädagogischer, kultureller, ökologischer und ökonomischer Diktatur leidet — leiden muß, weil die Folgen von 40jähriger Diktatur eben leider nicht in 730 Tagen zu beheben sind . . .

wer dieses und vieles andere weiß, der sage ab heute bitte nie mehr: Die DDR

war doch ein ganz normaler mitteleuropäischer Staat!

Gebrauchte DDR-Bürger sind wir Ostdeutschen alle — aber unterschiedlich benutzt oder gar beschmutzt! — Ich möchte zwei Jahre nach der Vereinigung eine erste differenzierende Einteilung für mich vornehmen.

● Die Hauptschuld tragen die wenigen, die diese Diktatur mit sowjetischer Unterstützung errichteten und betrieben: die Mitglieder des Politbüros, die SED-Spitzenfunktionäre im ZK und seiner Verwaltung, die Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission der SED, die SED-Chefs in den Bezirken, die Minister für Staatssicherheit, Inneres, Justiz und Volksbildung. — Sollte oder müßte dieser Personenkreis als „verbrecherisch“ bezeichnet werden?

● Dann folgt schon eine größere Gruppe: Extrem-Privilegierte, die der DDR bewußt den täuschenden Anstrich der Demokratie und Seriosität verschaffen halfen! Ich denke an die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Blockparteien, der Massenorganisationen, der Verbände, an die Mitglieder des Ministerrates, an die Kombinatdirektoren, an die Rektoren von Universitäten und Hochschulen, an die Staatsanwälte und Richter.

● Danach folgen die vielen Überzeugungs-Quäler und die Doppelzüngigen, die um eigener Vorteile willen mit den Diktatoren gemeinsame Sache gemacht haben: Generäle, Direktoren, Vorsitzende, die ZK-Mitglieder, die leitenden hauptamtlichen Mitarbeiter der SED und der Blockparteien, Spitzenfunktionäre dieser politischen Parteien auf Republik- und Bezirksebene, hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit, hochdekorierte Künstler und Sportler, Kirchenmänner und -frauen, Rechtsanwälte. — Sollte oder müßte der

2. und/oder 3. Personenkreis — je nach Schuld und Verstrickung — nicht für immer oder zeitweilig davon ausgeschlossen sein, politische, ökonomische, kulturelle und juristische Grundlinien unseres Staates erarbeiten und durchsetzen zu können?

● In der 4. Gruppe befindet sich die übergroße Mehrheit von uns Ostdeutschen: Sie haben ihren (Schein-)Frieden mit der Diktatur gemacht. Sie waren nicht organisiert oder nur im FDGB oder einer anderen Massenorganisation oder Normalmitglied in einer der Blockparteien oder der SED. Oft waren sie darum bemüht, zu bewegen, zu helfen, zu verändern. — Am Ende eines solchen Bemühens stand leider oft die Erkenntnis, nur sich selbst verändert — sprich: angepaßt zu haben. Diese vielen Menschen wollten es nur möglichst gut haben, in Ruhe leben und arbeiten, etwas erreichen; ja, möglichst fleißig und ehrlich, möglichst glücklich und zufrieden sein.

● Diese ganz menschlichen Wünsche und Erwartungen hatten auch die wenigen DDR-Bürger der letzten Gruppe. Auch sie standen nicht ständig auf der Straße — wer könnte das schon!? — Manchmal redeten und handelten sie aber so, daß sie den Ärger und den Zorn der Diktatoren auf sich zogen und für ihr sog. Mißverhalten bestraft wurden.

Viele Menschen aus den Gruppen 4 und 5 sollten die Leiter und Verantwortlichen von heute und morgen sein.

Die Menschen der 2. bis 5. Gruppe sollten diejenigen sein, die engagiert den einheitlichen Sozial- und Rechtsstaat Deutschland gemeinsam — zum Nutzen für uns alle aufbauen.

Lassen Sie uns dies gemeinsam — in Ost und West — mit aller Kraft, aller Fantasie sowie all unseren Möglichkeiten tun und dabei auf bisher Erreichtes aufbauen. ■

Asylbewerberzahlen September 1992

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat September 1992 45.779 Asylbewerber (Vormonat: 40.071) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Rumänien: 17.240 (Vormonat: 14.512)
ehem. Jugoslawien: 7.617 (Vorm.: 8.438)
Bulgarien: 4.669 (Vormonat: 3.335)
Türkei: 2.053 (Vormonat: 1.985)
ehem. UdSSR: 1.032 (Vormonat: 935)
Vietnam: 1.007 (Vormonat: 629)
Algerien: 935 (Vormonat: 860)
Zaire: 774 (Vormonat: 605)
Ghana: 711 (Vormonat: 647)
Afghanistan: 692 (Vormonat: 673)

Die Asylbewerberzahl im September ist die zweithöchste unter allen bisher registrierten Asylbewerberzahlen und liegt nur knapp unter der bisher höchsten (Juli

1992: 46.496). Besonders auffällig ist der weiterhin starke Anstieg bei den Asylbewerbern aus Rumänien und Bulgarien (Anerkennungsquoten: 0,2 Prozent bzw. 0,1 Prozent).

Aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen insgesamt 7.617 Asylbewerber, und zwar 160 aus Kroatien, 2 aus Slowenien und 265 aus Bosnien-Herzegowina sowie 7.190 aus den übrigen Landesteilen.

In den neun Monaten dieses Jahres haben insgesamt 319.674 Ausländer Asyl beantragt. Gegenüber der Vergleichszahl im Vorjahr (Januar — September 1991: 169.785 Asylbewerber) bedeutet dies einen Anstieg von über 88 Prozent.

Im Monat September hat das Bundesamt über die Anträge von 15.803 Personen entschieden. Anerkannt wurden 974 Personen (6,2 Prozent), abgelehnt 11.549 Personen (73,1 Prozent), sonstwie erledigt wurden die Anträge von 3.280 Personen (20,8 Prozent).

Ein Jahr Heeresflieger im Irak

Seit dem 2. Oktober 1991 sind Soldaten der Heeresfliegertruppe im Irak eingesetzt, um Verifikations- und Abrüstungsmaßnahmen der UNO durch den Einsatz von Hubschraubern zu ermöglichen.

Mit der Führung und Koordinierung des Einsatzes ist das Heeresfliegerkommando 3 beauftragt. Als „experts on mission“ der UNO haben sich die Heeresflieger bei ihrem waffenlosen Einsatz vielfältige Anerkennung erworben.

Einsatzwille und Leistungsvermögen der Heeresflieger werden dadurch deutlich, daß bei über 750 Flugstun-

den unter schwierigen Bedingungen alle Aufträge ohne Unfall erfüllt werden konnten. Der Einsatz der Heeresflieger ist sowohl versorgungs- wie auch versicherungsrechtlich abgesichert. Dies gilt für ggf. erforderliche Leistungen der Deutschen Lebensversicherungsunternehmen wie auch für zusätzliche von der UNO veranlaßte Versicherungsleistungen.

Darüber hinaus hat Bundesverteidigungsminister Volker Rühle auch im persönlichen Gespräch mit Angehörigen der Heeresfliegertruppe verdeutlicht, daß im Zweifelsfall die Bundesregierung betroffene Angehörige der Bundeswehr schadlos stellen wird.

Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost läuft weiterhin gut

Zur Unterrichtung des Bundeskabinetts über den aktuellen Stand der Durchführung des Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost am 1. Oktober erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Die Umsetzung des 24,4-Milliarden-DM-Programms für die neuen Bundesländer verläuft weiterhin gut. Von den 1992 zur Verfügung stehenden Ausgabemitteln in Höhe von 11,6 Milliarden DM waren bis Ende August dieses Jahres 84 v. H. durch Aufträge gebunden und über die Hälfte der Mittel (51 v. H.) abgeflossen.

Beim Abfluß der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe steht das Land Sachsen-Anhalt an der Spitze, wo bereits 90 Pro-

zent der Mittel, das sind 1,4 Mrd. Mark, zugewiesen und 50 Prozent ausgegeben wurden.

Über 43 000 Projekte gefördert

Von den 1991 gewährten Kommunalinvestitionspauschalen von insgesamt 5,3 Milliarden DM waren bis Ende März 1992 96 v. H. mit Aufträgen belegt; 89 v. H. wurden als kassenwirksam nachgewiesen. Mit diesen Mitteln wurden über 43.000 Projekte in den neuen Ländern gefördert. Schwerpunkte der kommunalen Investitionen bildeten die Bereiche „Instandsetzung der Schulen“ mit 26 v. H. sowie „Bau- und Wohnungswesen/Verkehrswesen“ mit 22 v. H. der Mittel.

Das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost wird 1993 in die normalen Einzelpläne des Bundeshaushalts eingegliedert. Dabei wird ein Großteil der Bestandteile des Gemeinschaftswerks auf höherem Niveau fortgeführt.

Lehrerverband gegen Abschaffung der Großschreibung

Mit Entschiedenheit hat der Deutsche Lehrerverband (DL) die jüngsten Vorschläge des Internationalen Arbeitskreises für Orthographie zurückgewiesen.

Diesen Vorschlägen zufolge soll die Großschreibung im Deutschen weitestgehend abgeschafft werden und im wesentlichen nur noch am Satzanfang und bei Eigennamen Verwendung finden.

Der Lehrerverband wirft der Reformkommission vor, daß sie mit ihren Empfehlungen die Bedürfnisse der Leser völlig vernachlässige und einen Kniefall vor denjenigen mache, die

mit der Orthographie auf Kriegsfuß ständen. Nach Auffassung des Deutschen Lehrerverbandes erschwere eine radikale Kleinschreibung gerade im Deutschen das Lesen erheblich, weil hier Substantive im Gegensatz zu anderen Sprachen oft mit Attributen überhäuft würden.

Im Falle gänzlicher Kleinschreibung verliere der Leser dann die Übersicht und sei zu einer erheblichen Reduzierung seines Lesetempos gezwungen. Dies benachteilige insbesondere ungeübte Leser, betont der Lehrerverband unter Berufung auf einschlägige Untersuchungen über das Leseverständnis.

Neue Chancen der Partnerschaft mit der Türkei

Der Bundesfachausschuß Außenpolitik der CDU hat unter Vorsitz von Elmar Brok MdEP folgenden Beschluß gefaßt:

Die Beziehungen Deutschlands zur Türkei sind für uns von hohem Stellenwert:

- Deutschland und die Türkei sind durch jahrzehntelange freundschaftliche Beziehungen verbunden. Fast zwei Millionen Türken wohnen in Deutschland. Sie leisten dabei einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand auch unseres Landes und fördern die menschliche Verbundenheit unserer beiden Völker. Deutschland ist der größte Handelspartner und Entwicklungshilfegeber der Türkei und trägt wesentlich zur Verteidigungsfähigkeit dieses NATO-Partners bei.
- In den Jahrzehnten des kalten Krieges hat die Türkei als unser Partner in der NATO unbeirrt und verläßlich für gemeinsame Sicherheit mit eingestanden. Auch im Golfkrieg hat sich die Türkei trotz hoher eigener wirtschaftlicher Belastungen auf die Seite der westlichen Allianz gestellt. Der Golfkrieg hat ferner gezeigt, daß die Türkei nach Ende des Ost-West-Konfliktes von eher noch größerer politischer und geostrategischer Bedeutung für Europa ist und daß sie heute eine wichtige Brückenfunktion zur islamischen Welt erfüllt.
- Die Türkei steht vor der Notwendigkeit einer außenpolitischen Neuorientierung angesichts grundsätzlich veränderter politischer und geostrategischer Konstellationen. Sie ist entschlossen, in der Schwarzmeerregion, in Zentralasien und im

Nahen Osten neue Aufgaben zu übernehmen und eine regionale Führungsrolle anzustreben. Die Türkei wirkt in einer unruhigen Region als Faktor der Stabilität. Dies liegt auch in unserem Interesse.

- Der von der Türkei initiierte Schwarzmeer-Kooperationsrat leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der gesamten Region. Um die Erwartungen, die an sie gestellt werden, zu erfüllen, bedarf die Türkei der verstärkten Zusammenarbeit mit Europa. Eine enge politische und wirtschaftliche Bindung der Türkei zu Europa und zum atlantischen Bündnis sind daher Handlungsvoraussetzung für unsere türkischen Partner. Die Freundschaft mit Deutschland bleibt ein wichtiges Bindeglied.
- Die Türkei hat weitreichende wirtschaftliche Reformen durchgeführt und sich einem Programm der wirtschaftlichen Liberalisierung verpflichtet. Damit hat die Türkei als laizistischer Staat mit muslimischer Bevölkerung Modellcharakter insbesondere für die neuen zentralasiatischen Republiken. Die Türkei ist damit ein prädestinierter Partner, wenn es darum geht, diesen zentralasiatischen Republiken Hilfestellung beim Aufbau von demokratischen und pluralistischen Systemen zu leisten. Wirtschaftliche Prosperität ist hierfür eine entscheidende Voraussetzung.
- Der Einfluß der Türkei auf den Nahen und Mittleren Osten wächst weiter. Die CDU gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Türkei ihre Chance nutzt, einen konstruktiven Beitrag für den Aufbau dauerhafter friedlicher Strukturen im Nahen Osten zu leisten. Dazu gehört auch eine befriedigende Lösung des Wasser-Problems in der Region.
- Wir drücken die Erwartung aus, daß die Gespräche und Verhandlungen zwischen der Türkei und Griechenland sowie

allen Beteiligten über eine Lösung des Zypern-Problems bald zu einem befriedigenden Abschluß kommen.

Die CDU begrüßt, daß sich die aus den letzten Parlamentswahlen vom 20. Oktober 1991 hervorgegangene Regierung auf ein umfassendes Demokratisierungs- und Liberalisierungsprogramm verpflichtet hat, das insbesondere eine Verfassungsänderung sowie eine umfassende Strafrechtsreform einschließt.

● Wir unterstützen die Anstrengungen, einen demokratischen Rechtsstaat, der sich an europäischen Maßstäben orientiert, aufzubauen. Es muß sichergestellt werden, daß die Türkei in der Frage der Menschenrechte den Bedingungen der von ihr unterzeichneten Europäischen Menschenrechtskonvention (EUMK) gerecht wird.

● Die CDU betrachtet die Unterstützung des Reformprozesses als eine wichtige Aufgabe deutscher und europäischer Politik. Wir wissen, daß dieser Reformprozeß in einem schwierigen Umfeld stattfindet. Die Kooperation mit den Reformkräften in der Türkei muß daher intensiviert werden.

● Die ungelöste Kurdenfrage bildet ein Sonderproblem. Die Türkei ist aufgefordert, deutliche Schritte zu unternehmen, um den Kurden die Wahrung ihrer Minderheitenrechte zu sichern. Terrorismus zur Durchsetzung von Minderheitenrechten lehnt die CDU entschieden ab.

Es ist zu begrüßen, daß der Gesprächsfaden zwischen Deutschland und der Türkei wieder fester geworden ist. Die Kooperation muß sich jetzt vor allem aber auch im Praktischen bewähren.

● Nach ausdrücklicher Zusicherung der türkischen Regierung, deutsche Waffen

nur im Rahmen des NATO-Vertrages einzusetzen, konnte die Rüstungskoope- ration zwischen Deutschland und der Tür- kei wieder aufgenommen werden. Gleich- wohl darf Rüstungskoope-ration nicht auf Materiallieferungen beschränkt werden. Immer wichtiger werden auch die Zusam- menarbeit und der Erfahrungsaustausch über moderne Methoden der Menschen- führung und die Integration der Armee in einen demokratischen Staat.

● Nach dem negativen Bericht der EG- Kommission zu einer türkischen EG- Vollmitgliedschaft gilt es jetzt, alle Mög- lichkeiten zu nutzen, um die Zusammen- arbeit zu stärken. Die Türkei und die EG müssen endlich die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Möglichkeiten des Assoziierungsabkommens bis hin zur Zollunion voll ausgeschöpft werden könn- en. Das IV. Finanzprotokoll der EG mit der Türkei muß wirksam werden.

Die CDU unterstützt die Vorschläge der britischen EG-Präsidentschaft, die Bezie- hungen der Europäischen Gemeinschaft zur Türkei durch hochrangige Treffen zu institutionalisieren und eine gemeinsame politische Erklärung zu verabschieden. Die Assoziierung der Türkei an die West- europäische Union (WEU) sollte in die- sem Zusammenhang ebenfalls weiterver- folgt werden. Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft müssen für eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit mit der Türkei gewonnen werden.

● Die CDU Deutschlands steht für die Entwicklung einer neuen Partnerschaft zwischen Europa und der Türkei. Die tra- ditionellen Bindungen müssen weiter aus- gebaut werden und der politische Dialog muß institutionalisiert werden. Für die CDU ist die konstruktive Weiterarbeit an einem freundschaftlichen und vertrauens- vollen Verhältnis zwischen den beiden Ländern eine politische Aufgabe von hohem Rang. ■

Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

CDU-Herbstfest in Dresden-Prohlis

20 000 kamen

Große Resonanz fand unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Sächsischen Landtages, Erich Itgen, das erste Prohliser Herbstfest der CDU in Dresden-Prohlis.

Zwei politische Veranstaltungen kamen bei der Bevölkerung von Prohlis besonders an. Am Samstag fand im Prohliser Gemeindezentrum ein Bürgerforum mit Oberbürgermeister Herbert Wagner, den Dezernenten Höß (Finanzen), Ihme (Ordnung und Sicherheit) und Herrn Pohl (Umwelt) sowie dem Geschäftsführer der Südost Woba, Frh. v. Lindenfels, und Frau Schmidt vom Schulamt statt.

Die Bürger von Prohlis diskutierten von der Schulpolitik über die Mietpreispolitik

bis zum Asylantenheim in Prohlis. Nicht jede Frage konnte hundertprozentig beantwortet werden. Trotzdem waren sich alle einig: Die Stadtverwaltung bleibt weiterhin mit ihren Bürgern im Gespräch.

OB Wagner fand noch genügend Zeit, sich die Informationsstände zu betrachten und an den 25 Verkaufsständen mit ihrem breiten Sortiment von Textilien, Industriewaren und auch kulinarischen Genüssen mit Händlern ins Gespräch zu kommen.

Beim Politfrühschoppen am Sonntag ging es etwas lockerer zu: Maria Michalk MdB, Johannes Nitsch MdB, Landtagspräsident Erich Itgen sowie der Kreisvorsitzende der CDU, Umweltstaatssekretär Dr. Reinfried, Frau Staatssekretärin de Haas, Staatssekretär Dr. Münch, Dr. Karl Mannsfeld, umweltpolitischer



Besonderes Interesse galt dem Stand des „Sozialen Ratgeber e. V.“

Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, sowie eine Reihe von Dresdner Stadtverordneten beantworteten Fragen im individuellen Gespräch. Nicht viel zu spüren war hier von Parteienverdruß, wie er in den Medien fortlaufend verkündet wird.

Besonderes Interesse galt dem Stand des „Sozialen Ratgeber e.V.“ und dem Info-stand der CDU. Gefragte Gesprächspartner waren auch dort Landtagspräsident Erich Iltgen und Staatssekretär Dr. Reinfried. Hier fand so etwas wie eine „Generalprobe“ für die zu erwartenden „heißen Wahlschlachten“ statt.

Wie auch der Fraktionsvorsitzende Ludwig-Dieter Wagner einschätzte, war die Stimmung alles andere als aggressiv. Viele sachliche Gespräche ermöglichten es, mit den Bürgern die politische Situation zu erläutern. Ein „Renner“ für die Erwachsenen war zweifellos das kostenlose Angebot der Sächsischen Landesverfassung.

Auch an unsere Kinder war gedacht: Beliebt war die Hüpfburg sowie die Kinderdiskothek mit Quizrunde.

Ein besonderer Dank gilt der Berufsfeuerwehr Dresden und der freiwilligen Feuerwehr Prohlis. Es war schon eine echte Freude für die Kinder, mal mit einem Feuerwehrschauch Zielspritzen zu üben oder von der Feuerwehrleiter auf das Luftkissen zu springen.

Auch kulturell wurde viel geboten. Mit Countrymusic, Modenschau durch die Nähstube „Brigitte“, mit dem Tanzstudio Prohlis, der Sachsenshow und Katharinas Tanzband war für alle etwas dabei. Erwähnt werden soll auch das 1. Skatturnier, das in in zwei Runden 40 Skatfeunde bestritten.

Spielecke für die Großen war die Präsentation des derzeitigen Angebotes der Pkw-Hitreihe von VW durch die Firma Burmester.

Insgesamt war es ein Fest zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort.



Auch die Kinder kamen, wie man sieht, auf Ihre Kosten.

Wegen schwerer Rechts- und Verfahrensmängel

Urteil gegen CDU-Schatzmeister aufgehoben

Das Urteil der Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichtes Düsseldorf gegen den ehemaligen Schatzmeister der CDU, Walther Leisler Kiep, ist wegen schwerer Rechts- und Verfahrensmängel vom BGH aufgehoben worden.

Kiep war in 41 Spendenfällen aus der Zeit von 1971 bis 1978 wegen fortgesetzter Beihilfe zur Steuerhinterziehung verurteilt worden. Der BGH stellt fest, daß davon 40 Fälle längst verjährt seien.

Vorsitzender Richter befangen

Dem Befangenheitsantrag des Verteidigers von Walther Leisler Kiep, Prof. Kohlmann, vom Dezember 1990 hätte — so das Gericht — stattgegeben werden müssen: Der Vorsitzende Richter der 3. Großen Strafkammer des Düsseldorfer

Landgerichtes, Obermann, war tatsächlich befangen.

Spendenfinanzierung

Dr. Uwe Lühje, Generalbevollmächtigter des Schatzmeisters: „Von besonderer Wichtigkeit ist für uns — und d. h. insbesondere auch: für die Partei — die Tatsache, daß jetzt endlich auch einmal von einem Gericht — und das sogar höchstrichterlich — anerkannt wurde, daß die von uns nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum niedersächsischen Normenkontrollverfahren vom 24. Juli 1974 gegen erhebliche Widerstände durchgesetzte „Spendenfinanzierung nach Steuern“ ein entscheidendes Datum für das Bemühen um eine Bereinigung der problematischen indirekten Parteienfinanzierung gewesen ist.“

Für eine verbesserte Zusammenarbeit

der CDU mit den christlich demokratisch orientierten Parteien in den neuen baltischen Staaten hat sich der Landesvorsitzende und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Ottfried Hennig**, beim ersten deutsch-schwedischen Gespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung in Stockholm ausgesprochen. Hennig, der anlässlich des Kongresses auch mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Carl Bildt zusammentraf, warnte in seiner Rede vor einer Zersplitterung der Parteienlandschaft in den baltischen Republiken.

Mittelstandsvereinigung fremdsprachig

In englisch, französisch, spanisch, russisch, polnisch, tschechisch und ungarisch bietet die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU Informationsblätter an, in denen sich die MIT vorstellt und ihre politischen Aufgaben sowie Lösungen zu wichtigen Problemen beschreibt. In denselben Sprachen gibt die MIT auch ein „Europäisches Manifest“ heraus. — Alle Unterlagen können zum Preis von 20 DM pro 100 Stück bestellt werden.

Wegweiser
Berufliche
Bildung
Studium
Weiter-
bildung

**in den neuen
 Bundesländern**

● **Faltblatt: Wegweiser –
 Berufliche Bildung in den
 neuen Bundesländern**

Bestell-Nr. 2526

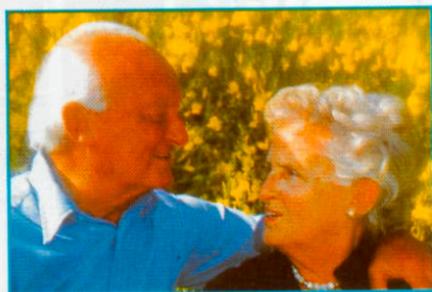
Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Einheit: 10,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Partner und
Anwalt der
Senioren



Senioren
Union
 CDU

● **Faltblatt:
 Partner und
 Anwalt der Senioren**

Bestell-Nr. 2540

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Einheit: 15,— DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Das neueste CDU extra, das Anfang Oktober an die Kreisverbände ausgeliefert worden ist, erscheint mit Regionalausgaben für Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

UID

30/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, Bernd Profitlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.